

Begrüßungsrede Kundgebung 10.4.2024 „Gazakrieg stoppen -Menschenleben retten“
Barbara Majd Amin, „AG Friedenserziehung und Friedenspolitik“ in der GEW Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

ich begrüße euch alle im Namen der AG Frieden in der GEW Berlin zu unserer Kundgebung.
Aus der GEW sind außer der AG Frieden die Junge GEW und der Landesausschuss Migration,
Diversität und Antirassismus dabei.

Als Mitveranstalter haben sich uns angeschlossen:
der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin,
ver.di Kollegen des Arbeitskreises gegen Deregulierung und Privatisierung,
Mitglieder des Berliner Gewerkschaftlichen Ratschlags gegen Aufrüstung und Krieg.

Anwesend sind euch Ver.di-Kollegen der Initiative Gesundheit4Palästine.

Sie alle erhalten während unserer einstündigen Kundgebung das Wort.

Wir stehen hier, weil das Schweigen der Gewerkschaften zum Gazakrieg nicht mehr zu ertragen
ist.

Wir wollen dieses Schweigen durchbrechen und fordern unsere Vorstände auf, dies auch zu tun.
Wir erwarten, dass sie sich unseren Forderungen anschließen und dies auch öffentlich vertreten.

Seit dem 7. Oktober, dem Massaker der Hamas, macht der Krieg Israels den Gazastreifen zu
einer Hölle, in der inzwischen mehr als 30.000 Palästinenser getötet wurden.

Die gesamte Infrastruktur einschließlich der Krankenhäuser wurde zerstört.

Die Versorgung der Bevölkerung ist zusammengebrochen – es herrscht bereits eine von Israel
bewusst herbeigeführte Hungersnot.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu hat das Ziel Israels unmissverständlich verkündet:
„Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen.“ (Fernsehansprache 8. Oktober)

Der israelische Verteidigungsminister Gallant wurde einen Tag später noch deutlicher: „Es wird
keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen
gegen Tiermenschen, und wir handeln entsprechend.“

Jitzchak Herzog, der Präsident Israels, erklärte der internationalen Presse, es handle sich nicht
um Zivilisten, in Gaza sei das ganze Volk verantwortlich und „wir werden kämpfen, bis wir ihr
Rückgrat brechen.“

Wie kann man da noch immer von Verteidigungskrieg und vom Recht Israels auf Verteidigung
reden?

Der Krieg gegen Gaza ist ein Rachefeldzug – und ein Ende ist nicht abzusehen.

Politik, Gewerkschaften und Medien müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass gegen Israels
Kriegsführung weltweit protestiert wird und dass der Internationale Gerichtshof sich letztlich
deutlich geäußert hat: Er warnt Israel vor Völkermord.

Haben das unsere Vorstandskollegen nicht mitbekommen?

Jede Waffe, die die Bundesrepublik nach Israel schickt, ist ein Teil dieses Krieges.

Im Jahr 2023 hat Deutschland 10mal so viele Waffen nach Israel exportiert wie im Jahr davor –
den größten Teil nach dem 8. Oktober. Das ist Beteiligung am Völkermord und muss gestoppt
werden!

Gerade hat der UN Menschenrechtsrat mehrheitlich gefordert, wegen der „möglichen Gefahr

eines Völkermordes“ jegliche Waffenlieferungen an Israel einzustellen.
Haben unsere Vorstandskollegen das nicht mitbekommen?

Wir haben es gehört und fordern mit Nachdruck

- einen Stopp des Krieges,
- die vollständige Versorgung der Bevölkerung in Gaza,
- die vollständige Unterstützungszahlung durch die Bundesregierung an das UN-Hilfswerk für Palästina
- und einen Stopp aller Waffenlieferungen an Israel.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen an der Seite aller Opfer von Krieg und Gewalt, an der Seite der vom Bombenhagel getroffenen Bevölkerung im Gaza-Streifen und der seit Monaten festgehaltenen Geiseln und ihrer Familien.

Unsere Solidarität gilt auch all denen, deren Kritik an Israels Vorgehen geschmäht und sogar kriminalisiert wird: Es ist ein Skandal, dass unsere Freunde der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost in Deutschland als Antisemiten bezeichnet werden und ihnen von der Sparkasse sogar der Zugang zu ihrem Konto verwehrt wird. Dieser Zugriff auf jüdisches Eigentum weckt schreckliche Erinnerungen. Die Kontosperrung muss sofort aufgehoben werden.

Unsere Solidarität gilt den Kräften in Palästina und Israel, die sich seit Jahren und Jahrzehnten einsetzen für eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts, für die Rechte der Palästinenser und für die Umsetzung der betreffenden UN-Resolutionen. In dieser Solidarität werden wir nicht nachlassen – und fordern Unterstützung darin von Politik und Medien, vor allem aber von unseren Gewerkschaftsvorständen.

Internationale Gewerkschaftsverbände schweigen nicht. So nimmt der Council of Global Unions nicht nur den Beschluss des IGH im Verfahren Südafrikas gegen Isreael zur Kenntnis, sondern fordert dessen Umsetzung.

Haben unsere Gewerkschaften, die Teil der Global Unions sind, wie zum Beispiel im Fall der GEW die Bildungsinternationale, dies nicht zur Kenntnis genommen?

Andere handeln: Zum Beispiel hat die Internationale Transporterarbeiter-Förderung einen Palästina-Solidaritätsfonds eingerichtet.

Belgische Luftfahrtgewerkschaften haben mit einem gemeinsamen Statement ihre Mitglieder dazu aufgerufen, Waffenlieferungen nach Israel zu verhindern.

Von den Vorständen des DGB und der Einzelgewerkschaften fordern wir: Schluss mit dem Schweigen! Versteckt euch nicht länger hinter Israel-Solidarität! Unsere Solidarität gilt allen Opfern dieses Konflikts! Deshalb fordern wir:

Den Gazakrieg stoppen!
Menschenleben retten!
Hilfszahlungen vollständig wiederaufnehmen!
Keine Waffenlieferungen an Israel

Hoch die Internationale Solidarität!